

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind
Österreich

2 · 2008

THEMEN

Integration: Dornbirns Maßnahmen
leiten Paradigmenwechsel ein ▶ 20

PRAXIS

Plätze & Straßen: „In Stein gehauene“
Lebensräume der Menschen ▶ 48

CHRONIK

Verkehrssicherheit: Der „Aquila 2008“
ist ausgeschrieben ▶ 70



THEMA

„Müll-Krieg“ und Streit um die Gebühren

Am Thema „Müll“ zeigt KOMMUNAL, dass die wahren Preistreiber nicht in den Kommunen sitzen. Und schuld an der hohen Inflation sind schon gar nicht die Gebühren der Gemeinden.

DVR: 0930 423

Abfallentsorgung ist primäre Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge

Gemeinden garantieren leistbare Entsorgung

Das Abfallchaos in der Großstadt Neapel zeigt, dass auch die Abfallentsorgung nicht ungehindert dem freien Spiel der Profitgier überlassen werden darf. KOMMUNAL zeigt auf, dass Österreichs Gemeinden und Gemeindeverbände geordnete Entsorgung zu konstanten und leistungsorientierten Gebühren garantieren.

Bgm. Ing. Josef Moser

Die professionelle Organisation der Abfalltrennung und die vorausschauende Sicherung von Behandlungskapazitäten durch Gemeinden und Abfallverbände garantieren langfristige Entsorgungssicherheit und stabile Gebühren. Allein in Österreich werden jährlich 3,5 Millionen

Tonnen Hausmüll produziert. Österreichs Abfallberge wachsen und wachsen. Lag der Pro-Kopf Verbrauch jedes Österreicher im Jahr 1992 noch bei 270 Kilogramm, so produziert derzeit jeder Einwohner (egal ob Säugling oder Greis), statistische 460 Kilo Siedlungsabfall pro Jahr. Und das ist nicht alles. Das Gesamtmüllaufkommen in Öster-

reich ist von 44 Millionen Tonnen im Jahr 1992 auf rund 60 Millionen Tonnen im Jahr 2006 angewachsen.

Sind die Single-Haushalte schuld?

Eine der Ursachen ist im Anstieg der Single-Haushalte zu finden. Hatte der österreichische Durchschnittshaushalt im Jahr 1990 noch rund 2,6 Personen, so sind es heute 2,2 und im Jahre 2030 gar nur mehr 1,9 Personen, die in einem Haushalt zusammen leben. Einzelhaushalte produzieren aber im Vergleich zum Mehrpersonenhaushalt ein Vielfaches an Müll. Jeder Österreicher produziert jährlich rund 180 kg Restmüll



Bürgermeister Ing. Josef Moser ist Bundesobmann der ARGE Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände



Österreichs Abfallberge wachsen und wachsen – so ist das Gesamtmüllaufkommen von 44 Millionen Tonnen im Jahr 1992 auf rund 60 Millionen Tonnen im Jahr 2006 angewachsen.

und sammelt rund 150 kg an Altstoffen, die über Hausabfallsammlungen oder Altstoffsammelzentren erfasst werden. Die Altstoffe werden im Wirtschaftskreislauf wieder als Sekundär-Rohstoffe eingesetzt und ersparen dort Energie und Primär-Rohstoffe, was einen wesentlichen Beitrag zur Ressourcenschonung und zum Klimaschutz darstellt. Die intensive Aufklärung der Bevölkerung durch die AbfallberaterInnen der Gemeinden, Städte und Verbänden, führte auch 2007 wieder zu einer Steigerung der Sammelmengen von durchschnittlich sechs Prozent. Gemeinsam mit den über vielen Behältern auf öffentlichen Standplätzen für Altpapier, Alt-

glas und Kunststoffverpackungen wurde für die BürgerInnen ein bequem zugängliches Sammelsystem aufgebaut. Nur so konnten die Abfallverbände und Gemeinden die Trennmoral der Österreicherinnen und Österreicher auf ein so hohes Niveau schrauben.

Die noch zu entsorgenden Restabfälle stiegen demgegenüber nur um rund 1,5 Prozent. Mittels langfristiger Auftragsvergaben mit privaten Entsorgern er-

Nur mit einem bequem zugänglichen Sammelsystem konnte die Trennmoral der Österreicherinnen und Österreicher auf ein so hohes Niveau geschraubt werden.

möglichte die kommunale Abfallwirtschaft die Errichtung von Behandlungsanlagen nach den neuesten Umweltstandards (Müllverbrennungsanlagen und mechanisch biologische Behandlung). Die Entsorgungssicherheit und die Stabilität der Abfallbehandlungskosten sind dabei vertraglich zumeist bis zum Ende des kommenden Jahrzehnts gesichert.

Abfallentsorgung gehört zu den wesentlichen Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Es braucht die Vorgabe von Umweltstandards, die Abfallordnungen der Gemeinden und die Kontrolle der Behörden, dann wird in Österreich nie ein Müllnotstand wie in Neapel entstehen. Die Bürgerinnen und Bür-

ger brauchen sich in Österreich nicht vor Vermüllung der Straßen fürchten.

Gebührenstabilität trotz strengerer gesetzlicher Auflagen

Die gesetzlichen Vorschriften in den Bereichen Abwasserentsorgung und Abfallwirtschaft wurden in den vergangenen 20 Jahren massiv erhöht. Folgende gesetzliche Veränderungen durch EU, Bund und Länder gab es allein in den letzten fünf Jahren:

- ▶ Abfallwirtschaftsgesetz 2002
- ▶ Abfallwirtschaftsgesetz 2007
- ▶ Deponieverordnung des Bundes
- ▶ Altlastensanierungsgesetz
- ▶ Verpackungsverordnung
- ▶ Altelektrogeräte VO
- ▶ Hygiene VO
- ▶ Altautorichtlinie
- ▶ Batterien VO

Seit 1. Jänner 2004 darf in Österreich kein unbehandelter Abfall mehr deponiert werden. Abfälle mit hohen organischen Anteilen (insbesondere Hausabfall) werden thermischer oder mechanisch biologischer Verfahren so aufbereitet, dass in den zu deponierenden Reststoffen keine nennenswerten chemischen Reaktionen auftreten, die Boden, Luft und Wasser gefährden können.

Im öffentlichen Interesse setzen sich die Gemeinden und Verbände nicht nur für die Erhaltung der Entsorgungssicherheit, sondern auch für die Weiterentwicklung des Leistungsangebotes und die Ausgewogenheit zwischen Ökonomie und Ökologie ein.

Bei der thermischen Abfallbehandlung in Abfallverbrennungsanlagen werden organische Stoffe zerstört und das Volumen des Mülls stark verringert. Der Rest kann größtenteils als Schlacke umweltgerecht abgelagert werden. Anorganische Schadstoffe werden in der Rauchgasreinigung konzentriert und in Untertagedeponien abgelagert. Moderne Müllverbrennungsanlagen verfügen über umfangreiche Filteranlagen, so-



dass es zu keinen negativen Auswirkungen für Mensch und Umwelt kommt.

Hausmüll verfügt über einen mit Braunkohle vergleichbaren Heizwert. Durch Abwärmenutzung über Fernwärmeanlagen können nicht nur konventionelle Energieträger wie Öl oder Kohle eingespart werden. Durch den Ersatz von zahlreichen Einzelfeuerungen kann zusätzlich der Ausstoß von Luftschadstoffen und klimaschädigenden Gasen beträchtlich verringert werden. Trotz gestiegener Kosten und technischer Standards durch gesetzliche Vorschriften konnten die Gemeinden und Verbände

die Gebühren stabil halten (siehe Beispiel unten).

Abfallwirtschaft als Dienstleistungsorganisation

Die Erfolge im Abfallwirtschaftsbereich basieren wesentlich auf den professionellen kommunalen Strukturen, die in Österreich auf vorbildliche Weise entwickelt wurden; angefangen von den Gemeinden, Städten über die Abfallverbände bis zur ARGE Österreichischer Abfallverbände. Durch die „Bündelung“ der kommunalen Auftraggeber ist die öffentliche Daseinsvorsorge ebenso gewähr-

Kosten- und Mengensteigerungen

von 2006 auf 2007 am Beispiel eines Bezirks mit 60.000 Einwohnern

Entsorgungskosten	von 140 auf 153 Euro je Tonne gestiegen
Altlastenbeiträge neu	plus sieben Euro je Tonne RA
Frächterkosten	plus 12 Prozent (Indexanpassung)
Kosten der Grün- und Strauchschnittverw.	von 130.000 auf 165.000 Euro gestiegen
Mengensteigerung:	a:) Altholz plus sieben Prozent
	b:) Sperrabfall plus sieben Prozent



Foto: Buenos Dias

Die Absicht des Gesetzgebers in einzelnen europäischen Ländern, mit einer Öffnung beziehungsweise Liberalisierung des Marktes einen Wettbewerb hochwertiger Verwertungslösungen zu induzieren, wurde nicht erfüllt. Vielmehr müssen wir heute erkennen, dass sich ein Wettbewerb um den niedrigsten Entsorgungspreis mit entsprechend niedrigerem Entsorgungsniveau herausgebildet hat.

leistet wie die Aufrechterhaltung einer bundesweiten Abfallwirtschaft, die hohen Qualitätsstandards entspricht. Die Gemeinden und Verbände haben sich als berechenbare und verlässliche Partner für die private Entsorgungswirtschaft und die Marktteilnehmer bewährt, ohne jedoch den regionalen Bezug zu den BürgerInnen zu verlieren. Im öffentlichen Interesse setzen sich die Gemeinden und Verbände nicht nur für die Erhaltung der Entsorgungssicherheit, sondern auch für die Weiterentwicklung des Leistungsangebotes und die Ausgewogenheit zwischen Ökonomie und Ökologie ein. Die operative Leistungserbringung ist weitgehend ausgegliedert und wird auf dem Markt nachgefragt. Dadurch entsteht Wettbewerb der Leistungen. Der so entstandene Wirtschaftszweig im Bereich der Abfallentsorgung hat heute ein beträchtliches Umsatzvolumen erreicht und eine Vielzahl von Arbeitsplätzen geschaffen. Die kommunale Abfallwirtschaft hat sich zu einer umfas-

senden Dienstleistungsorganisation in allen Bereichen der Abfallwirtschaft entwickelt. Mittlerweile sind auch Themen

Eine funktionierende Abfallbeseitigung ist eine wichtige Aufgabe der Zukunftsvorsorge und liegt im Interesse des Umwelt- und Gesundheitsschutzes.

wie ökologisches Beschaffungswesen und Klimaschutz zu Arbeitsbereichen von Gemeinden und Verbänden geworden. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen und zukunftsorientiert zu agieren, wollen wir uns als „Umwelt Profis“ neu positionieren.

Privatisierung und Liberalisierung in der Abfallwirtschaft

Die Absicht des Gesetzgebers in einzelnen europäischen Ländern, mit einer Öffnung beziehungsweise Liberalisierung des Marktes einen Wettbewerb

Zur Erfüllung dieser Aufgabe bedarf es nun einer klaren Orientierung und verlässlicher Rahmenbedingungen. Sie gehört neben Wasserversorgung, Abwasserentsorgung zur Daseinsvorsorge der Gemeinden.

hochwertiger Verwertungslösungen zu induzieren, wurde nicht erfüllt. Die erhoffte Dynamisierung auf dem Abfallwirtschaftsmarkt blieb aus. Vielmehr müssen wir heute erkennen, dass sich ein Wettbewerb um den niedrigsten Entsorgungspreis mit entsprechend niedrigerem Entsorgungsniveau herausgebildet hat. Qualifizierte Recyclingverfahren sind vielfach wirtschaftlich uninteressant geworden. Nicht nur in Berlin haben Aufbereitungs- und Sortieranlagen für Abfallgemische, die den Stand der Technik einhalten, große Mühe, sich am Markt zu behaupten; teilweise mussten sie bereits ihren Betrieb einstellen, da Teile der Wirtschaft und Teile der privaten Entsorger den Weg in die Billigverwertung wählen.

Eine funktionierende Abfallbeseitigung ist eine wichtige Aufgabe der Zukunftsvorsorge und liegt im Interesse des Umwelt- und Gesundheitsschutzes. Diese Aufgabe den Bürgern und Gewerbetreibenden Entsorgungssicherheit auf einem hohen Umweltschutzniveau zu gewährleisten ist den öffentlichrechtlichen Entsorgungsträgern durch das Abfallrecht des Bundes zugewiesen worden. Zur Erfüllung dieser Aufgabe bedarf es nun einer klaren Orientierung und verlässlicher Rahmenbedingungen und gehört neben Wasserversorgung, Abwasserentsorgung zur Daseinsvorsorge der Gemeinden.

Die eindeutige Abgrenzung zwischen der Verwertung und Beseitigung von Abfällen gilt hier nach wie vor als eine Schlüsselfrage des österreichischen und europäischen Abfallrechts. Die Abgrenzung markiert in Österreich die Trennlinie zwischen der eigenverantwortlichen Erfüllung der Entsorgungspflichten durch die Abfallerzeuger bzw. Besitzer und der am Prinzip der

Daseinsvorsorge orientierten Abfallbeseitigung durch die öffentlichrechtlichen Entsorgungsträger. Die Trennlinie zwischen Verwertung und Beseitigung bestimmt daher, wem der Abfall zusteht.

Moderne Abfallwirtschaft – Rohstoffe für die Zukunft

- ▶ Alteisen
- ▶ Dieselöl (aus Kunststoffen)
- ▶ Kupfer
- ▶ Phosphor
- ▶ Energie
- ▶ Humus (aus der Kompostierung)

Es muss noch einmal betont werden, dass es nicht akzeptabel ist, den Kommunen zwar die Entsorgungsverantwortung aufzuerlegen, aber faktisch keine hinreichende Zuordnung von Abfällen zur Beseitigung zu gewährleisten. Dies bedeutet eine Kostensteigerung auf Seiten der Bürger.

- ▶ Eine umweltgerechte Abfallentsorgung soll in wesentlichen Teilen auch in Zukunft essentieller Bestandteil der von den Kommunen wahrzunehmenden Aufgaben der Daseinsvorsorge bleiben.
- ▶ Den öffentlichrechtlichen Entsorgungsträgern ist zur Erfüllung dieser Aufgabe sowohl in Bezug auf die rechtlichen Rahmenbedingungen als auch hinsichtlich der überlassungspflichtigen Abfallarten die notwendige Planungssicherheit einzuräumen.
- ▶ Es sind Regelungen anzustreben, mit denen eine ökologisch sichere und ökonomisch sinnvolle Verwertung und Beseitigung erreicht und mit denen durch die ausgebauten Kapazitäten Entsorgungssicherheit geschaffen wird.

Rückfragehinweis

ARGE österreichischer Abfallwirtschaftsverbände,
Bgm. Ing. Josef Moser,
Bundesobmann, E-Mail:
buergermeister@schlaegl.ooe.gv.at
Tel.: 0664 6125020

Gemeinden können Gebühren nicht einfrieren

Wer ist schuld an der steigenden Inflation?

Für heftige Diskussionen sorgt die Forderung von Bundespolitikern, die mit einem Gebührenstopp die Inflation einbremsen wollen. KOMMUNAL geht der Frage nach, welchen Handlungsspielraum die Gemeinden bei den eigenen Gebühren überhaupt haben.

Dr. Robert Hink

„Bund, Länder und Gemeinden sollen die Gebühren einfrieren“, sagt der Finanzminister und will mit dieser Maßnahme die Inflation in den Griff bekommen. „Sicherheit nicht“, so der wenig freundliche Konter von Gemeindevertretern. Die Antwort auf die Frage, wer an der deutlich gestiegenen Inflation der letzten Jahre schuld ist, bleibt stark umstritten.

In einem Interview mit der Tageszeitung „Die Presse“ hatte Finanzminister Wilhelm Molterer jüngst gefordert, dass alle Gebietskörperschaften für das Jahr 2008 die Gebührenerhöhungen aussetzen sollen. Damit sollten die Bürger von der zuletzt stark gestiegenen Inflation entlastet werden.

„Das ist ein Appell, den wir gerne zurückgeben“, so die Reaktion von Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer. „Es sind die Gemeinden,

die immer mehr Kosten zu tragen haben, die von Bund und Ländern erzwungen werden. Gerade in der Abfallentsorgung und beim Trinkwasser zwingt man uns zu sehr teuren Maßnahmen zur Qualitätssteigerung.“ In Mödlhammers Heimatbundesland Salzburg sei es zudem so, dass die Gemeinden gesetzlich verpflichtet sind, Preissteigerungen direkt an die Bürger weiterzugeben. „Hier würden wir Gesetze brechen, wenn wir dem Vorschlag des Finanzministers folgen“, so Mödlhammer.

Auch in Niederösterreich führt kein Weg an den Erhöhungen der Gebühren vorbei. Bgm. Alfred Riedl, erster Vizepräsident des Gemeindebundes und Chef der ÖVP-Gemeindevertreter in NÖ hält fest, dass die Gebühren per Gesetz kostendeckend zu gestalten seien. Auch sein SPÖ-Pendant in NÖ, Bgm. Bernd Vöglerle, warnt die Gemeinden davor, allzu lang nicht zu erhöhen:

In Salzburg würden wir Gesetze brechen, wenn wir dem Vorschlag des Finanzministers folgen.

Helmut Mödlhammer, Bürgermeister von Hallwang über die gesetzliche Verpflichtung im Bundesland Salzburg, Preissteigerungen direkt an die Bürger weiterzugeben.